

# **Braunkohlentag 2018**

7. Juni 2018, Halle/Saale

Es gilt das gesprochene Wort

## **Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2018**

**Dr. Helmar Rendez**

Vorsitzender des Vorstandes des DEBRIV

*Sperrfrist: 7. Juni 2018, 18.00 Uhr*

Text auch im Internet unter

[www.braunkohle.de](http://www.braunkohle.de)

unter Der DEBRIV/Der Braunkohlentag/Braunkohlentag 2018

Dr. Rendez/Braunkohlentag 2018

Sehr geehrter Herr **Staatssekretär** Wunsch,  
sehr geehrte Abgeordnete aus Bund und Ländern,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr herzlich darf ich Sie zu unserer Abendveranstaltung willkommen heißen. Ich freue mich, dass Sie nach Halle gekommen sind, um den **Braunkohlentag 2018** gemeinsam mit uns zu begehen.

Halle an der Saale ist die Stadt,  
in der der **DEBRIV** gegründet wurde.

Das war 1885, also vor nunmehr 133 Jahren.

Wir freuen uns, dass wir nun erneut hierher und damit auch in das Mitteldeutsche Revier zurückkehren.

Zuletzt waren wir vor acht Jahren in Halle.

Ich denke, wenn wir diesen Rhythmus beibehalten,  
werden wir noch öfters zum Braunkohlentag nach Halle kommen.

Der Braunkohlentag ist für den Zusammenhalt der Kohleregionen wichtig – gerade in einer Zeit heftiger Auseinandersetzungen um die Braunkohle.

Lassen Sie mich dazu gleich zu Anfang sagen:

Die heimische Braunkohle ist aus der Energieversorgung unseres Landes noch für Jahrzehnte nicht wegzudenken.

Ob hier in Halle, zu Hause, im Büro oder unterwegs:  
Die Braunkohletagebaue und -kraftwerke stellen sicher,  
dass wir alle 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche,  
sprich Tag und Nacht Strom und Wärme haben,  
ganz egal ob der Wind weht und/oder die Sonne scheint.

Sehr geehrter Herr **Staatssekretär** Wunsch,

dem Land Sachsen-Anhalt und insbesondere  
Ihrem Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Haseloff,  
sind wir für sein Kommen heute Nachmittag sehr dankbar.

Wir schätzen seine klaren Worte zur **Energiewirtschaft** und zur **Kohlepolitik**. Die Braunkohleländer zeigen eindrucksvoll, wie **zuverlässige** Energiepolitik gemacht wird.

Herr Wunsch,

die MIBRAG, die ROMONTA und deren Spitzen,  
Dr. Eichholz, Frau Eichhardt und Dr. Naundorf sowie auch der gesamte DEBRIV – wir **alle**  
fühlen uns landespolitisch weiterhin sehr gut aufgehoben.

Dr. Rendez/Braunkohlentag 2018

Bitte nehmen Sie diesen Dank mit in die Staatskanzlei und in das Wirtschaftsministerium.

Ihre Stimme wird in den kommenden Wochen und gerade auch in Berlin mehr denn je gebraucht!

Meine Damen und Herren,

als neuer DEBRIV-Vorsitzender möchte ich Ihnen allen eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit anbieten und freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

Den DEBRIV-Mitgliedern möchte ich auch an dieser Stelle für das Vertrauen danken, welches in dieser Wahl zum Ausdruck gekommen ist. Dies erfüllt mich mit Respekt.

Die großartige Atmosphäre des Braunkohlentags treibt mir die eine oder andere Schweißperle auf die Stirn.

Ich hoffe, Sie sehen mir das nach.

Ich danke außerdem den Kollegen aus den Betrieben, die heute vor dem Saal demonstriert haben.

Zu Recht sind die Mitarbeiter stolz auf ihre Arbeit und wollen eine verlässliche Perspektive für die Braunkohle, für sich, für ihre Familien, für ihren Tagebau, für ihr Kraftwerk sowie für ihre Region.

Wir freuen uns auch sehr, viele Vertreter aus Landkreisen und Kommunen, aus den Bergbehörden sowie von unseren Partnerunternehmen hier begrüßen zu können. Wir wissen Ihre konstruktive Unterstützung gerade auch in unserem Tagesgeschäft stets zu schätzen. Vielen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte gern noch einen besonderen Dank aussprechen. Er gilt unserem bisherigen Vorsitzenden Matthias Hartung.

Herr Hartung war seit 2004 Mitglied des DEBRIV-Vorstands und war von 2006 bis 2010 und dann noch einmal seit 2014 Vorsitzender. Er war viele Jahre auch Vorsitzender der VRB und Mitglied des Präsidiums des BDI.

Auch bei EURACOAL hat er den DEBRIV vertreten.

Wir, der DEBRIV-Vorstand, kennen Herrn Hartung bei der gemeinsamen Vertretung der Braunkohleninteressen als kompetenten, verlässlichen und gleichzeitig auch menschlichen Gesprächspartner.

Er hat viel dazu beigetragen, dass wir vor gut zwei Jahren den Frontalangriff „Klimabeitrag“ abwehren konnten, so dass wir am Ende eine einigermaßen verträgliche Lösung aus Sicht der Braunkohlenindustrie erhalten haben.

Herr Hartung, im Namen des DEBRIV und seiner Mitglieder herzlichen Dank, alles Gute für die Zukunft und ein herzliches **Glückauf!**

Meine Damen und Herren,

unsere heimische Braunkohle wird in den kommenden Wochen wieder möglich machen, dass Menschen überall im Land auf großen Leinwänden Fußball sehen können. Sicher freuen sich viele von Ihnen – genau wie ich – auf die Weltmeisterschaft in Russland. Ob unsere Jungs den richtigen Zug zum Tor haben und die Pässe in die Tiefe ankommen, darauf haben wir freilich keinen Einfluss.

Sehr wohl aber darauf, dass wir dem weltmeisterlichen Streben in Biergärten und auf Fanmeilen zuschauen können.

Die Braunkohle ist - die ohne Zweifel weltmeisterliche - Abwehrreihe der Stromversorgung.

Sie stellt sicher, dass Ballverluste im Angriff oder im Mittelfeld aufgrund fehlenden Windes oder schlechten Wetters nicht zu Schäden führen. Dass wir Tore auch in der Dämmerung windstillen Sommerabende bejubeln können, ist eben nicht selbstverständlich.

Es ist das Ergebnis harter Arbeit, Ihrer harten Arbeit.  
Und es ist das Ergebnis Ihres harten Trainings und guten Stellungsspiels.

Anders gesagt: Die Wahrheit ist auf dem Platz.  
**Und da sind wir!**

Werte Gäste,

auf die Energiepolitik werde ich im zweiten Teil meines Vortrags näher eingehen.

Ich habe in den vergangenen Wochen eine Tour durch die **Reviere** gemacht und möchte Ihnen nun einen kleinen Erlebnisbericht von dieser Reise geben, sozusagen von den einzelnen Akteuren in unserer Abwehrreihe.

Beginnen wir im Rheinland.

Der **RWE-Konzern** hat sich neu aufgestellt.

Die bisher als Finanzbeteiligung gehaltenen innogy-Anteile werden an E.ON verkauft und weitere Geschäftsfelder mit E.ON getauscht. Nach Umsetzung der Pläne wird RWE insbesondere auch mit den Braunkohletagebauen und –Kraftwerken einer der führenden Stromerzeuger Europas bleiben.

Die Braunkohlenindustrie in Nordrhein-Westfalen hat 2016 mit der Leitentscheidung der damals noch „rot-grünen“ Landesregierung zu Garzweiler und dem Rheinischen Revier ein Stück Planungs- und Investitionssicherheit erhalten.

Dies war für RWE mit dem Verlust von mehreren hundert Millionen Tonnen an Fördermengen verbunden.

Wichtig ist, dass die damalige Landesregierung mit der Leitentscheidung die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Tagebaue für die Zeit nach 2030 bestätigt hat. Für alle Tagebaue – auch Hambach und Inden - hat die neue Landesregierung diese Festlegungen nochmals bestätigt.

Im Oktober 2017 sind die ersten beiden Kraftwerksblöcke im Rheinland in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft nach dem Energiewirtschaftsgesetz gegangen. Die Sicherheitsbereitschaft ist auch ein Element des Klimaschutz-Fahrplans im Rheinland. Dieser Fahrplan soll dazu führen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Braunkohle etwa 2030 um 40-50% zu reduzieren.

Herr Dr. Marx hat dies heute Nachmittag im Einzelnen dargestellt.

Das Rheinische Revier ist im Tagebau Hambach in besonderer Weise und anhaltend von Gewalt und Aggressionen der Braunkohlegegner betroffen. Die Angreifer schrecken nicht einmal vor lebensgefährlichen tätlichen Angriffen zurück.

Auch in der **Lausitz** haben wir bereits Gewalt und erhebliche Sachbeschädigungen ohne Rücksicht auf Gefährdung anderer erlebt. Sie kennen die Bilder, die zeigen, wie sich blinde Gewalt am Tor des Kraftwerks Schwarze Pumpe entlud. Und in wenigen Wochen soll es ein so genanntes Klimacamp in Mitteldeutschland geben.

Wie sehr wünschte man sich in solchen Momenten den Pfiff eines Schiedsrichters und den sofortigen Platzverweis.

Wir sind es gewohnt, nach fairen Regeln zu spielen, uns mit Argumenten auseinanderzusetzen.

Gewalt gegen uns, gegen unsere Mitarbeiter, gegen die Polizei und gegen die Menschen im Revier lehnen wir ab.

Gewalt verdient keine Toleranz, sondern strenge Ahndung.

Ich möchte hier insbesondere allen Ordnungshütern, den Frauen und Männern der Polizei, für ihre Einsätze ganz herzlich danken.

Und natürlich auch allen Mitarbeitern und Vertretern von Partnerfirmen für ihre Besonnenheit und Solidarität.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun nach Mitteldeutschland.

Die **MIBRAG** hat 2017 in ihren beiden Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain etwa 19 Mio. t Rohbraunkohle gefördert. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau, aber auch einige Industriekraftwerke.

Sie liefern zuverlässig Energie für öffentliche Netze und

für die Chemieindustrie sowie für die Bahn.

In beiden Tagebauen findet derzeit ein **Abbaufeldwechsel** statt. Im Tagebau Vereinigtes Schleenhain investiert die MIBRAG aktuell beim Übergang vom Abbaufeld Schleenhain in das Abbaufeld Peres 150 Millionen Euro.

Herr Zimmer hat dies heute Nachmittag im Einzelnen erläutert.

Die MIBRAG war das erste Unternehmen, das mit Buschhaus ein Kraftwerk in die **Sicherheitsbereitschaft** überführt hat.

Die jeweils betroffenen Blöcke – das gilt übrigens für **alle** Reviere – müssen in den vier Jahren verfügbar bleiben. Pumpen, Turbosätze, Dichtungen sowie Wasser-, Dampf- und Kühlsystems sind zu pflegen und einsatzbereit zu halten.

Und **natürlich** wird eine Mannschaft für den „Stillstandsbetrieb“ und die Instandhaltung vorgehalten.

Auch wenn entstehende Kosten und Erlösausfälle kompensiert werden, kann dies den eigentlich vorgesehenen Betrieb der Blöcke wirtschaftlich **nicht** ausgleichen.

Die Sicherheitsbereitschaft ist – entgegen der Behauptung mancher – **kein Geschäftsmodell**.

Die Blöcke gehören praktisch zum Kader, dürfen aber nicht in die Mannschaftsaufstellung.

Sie müssen ihre Verträge behalten, bezahlt werden, trainieren und fit bleiben. Doch selbst in bester Form dürfen sie nur in Notfällen auf den Platz.

Von der Politik auf Landesebene und in den Bergbauregionen profitiert auch die **ROMONTA** als weiteres in Mitteldeutschland – und konkreter – in Sachsen-Anhalt ansässiges Unternehmen.

Das Unternehmen gewinnt in der Nähe von Amsdorf und Halle etwa 500.000 t Rohkohle pro Jahr und stellt daraus 14.000 t Rohmontanwachs sowie anschließend aus der im Prozess anfallenden Restkohle Strom her.

Die ROMONTA ist ein Beispiel für die **stoffliche** Nutzung der Braunkohle. Dies ist ein weiteres Thema, dem wir uns als Branche künftig **stärker** - auch mit unseren vielfältigen Forschungsaktivitäten - widmen werden.

Zum Abschluss der kleinen Reise heiße ich Sie willkommen in „**meinem**“, im **Lausitzer Revier**:

Nach der Übertragung der Braunkohlentagebaue und –kraftwerke in der Lausitz durch Vattenfall an ein Konsortium aus EPH und PPF-Investments im Oktober 2016 wurde für die Lausitzer Braunkohleunternehmen der neue Name „**LEAG**“, also Lausitz Energie Bergbau AG bzw. Lausitz Energie Kraftwerke AG, eingeführt.

Die LEAG traf im März 2017 wesentliche Entscheidungen zur weiteren Entwicklung des Lausitzer Reviers.

Unser Lausitzer Revierkonzept macht v i e l e s planbarer.

Wir wollen den Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende führen. Das Kraftwerk Jänschwalde soll anschließend noch für einen Zeitraum von ca. zehn Jahren Kohle aus dem Süden des Reviers erhalten. Das Feld Jänschwalde-Nord wird n i c h t in Anspruch genommen.

Wir sehen w e i t e r h i n die energiewirtschaftliche Notwendigkeit zur Kohlegewinnung aus dem Teilabschnitt II des Tagebaus Welzow-Süd. Aus Sicht der Tagebauführung muss eine Investitionsentscheidung bis spätestens 2020 getroffen werden.

Im Tagebau Nochten wird zunächst das Abbaugelände 1 zu Ende geführt. Aus dem Abbaugelände 2 möchte die LEAG anschließend rund 150 Millionen Tonnen Braunkohle gewinnen, um langfristig eine bedarfsgerechte Versorgung des Kraftwerks Boxberg sicherzustellen.

Der Tagebau Reichwalde wird entsprechend der genehmigten Planungen weitergeführt.

Mit dem Lausitzer Revierkonzept hat die LEAG der Region und ihren Menschen P l a n u n g s s i c h e r h e i t gegeben. Die Kohlevorräte von 1,2 Mrd. Tonnen haben eine perspektivische Reichweite von rund drei Jahrzehnten.

Die Umsetzung trägt langfristig zum Erhalt der Wertschöpfung aus der Braunkohle für die Lausitzer Wirtschaft bei. Sie steht zudem im Einklang mit den international verbindlichen deutschen CO<sub>2</sub>-Minderungszielen.

Übrigens gehören viele i n n o v a t i v e Techniken, wie z. B. digitale Vermessungssysteme, Drohnen für unterschiedlichste Einsatzzwecke, unzählige Apps und Hunderttausende von Sensoren zu unserem Tagesgeschäft.

Dies alles dient dazu, fortschrittliche und auch umweltschonende Wege der Rohstoffgewinnung zu nutzen.

Braunkohlenbergbau ist High-Tech made in Germany und auch in dieser Disziplin sind **wir** Weltspitze.

Der Projektträger der Bergbausanierung in Ostdeutschland, die LMBV, hat 2017 in vielen Einzelprojekten die Braunkohlesanierung erfolgreich weitergeführt.

Die aktuellen und mittelfristigen Herausforderungen der Sanierung liegen in der Fortführung der geotechnischen Sicherung der Böschungen und Kippenbereiche der ehemaligen Tagebaue, insbesondere in der Lausitz.

Aber auch in der Flutung und Gewässergüteentwicklung in den Bergbaufolgeseen sowie in der Durchführung von Maßnahmen gegen die bergbaulich bedingten Beeinflussung der Fließgewässer wie der Spree, der Schwarzen und der Weißen Elster und ihrer Zuflüsse steckt noch sehr viel Arbeit.

Langfristig bedeutend ist,

dass ein neues Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geschlossen wurde.

Die Finanzierung der LMBV-Projekte ist damit in allen Programmteilen zunächst bis 2022 gesichert.

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zum energiepolitischen Teil meines Vortrages.

Was erwartet uns als Braunkohlenindustrie und Braunkohleregionen?

Die Große Koalition hat im energiepolitischen Teil ihrer Koalitionsvereinbarung wieder stärker als vorher das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz betont. Auch wird klar gesagt, dass Strukturbrüche vermieden werden sollen.

So weit so gut.

Dennoch hat die Koalition auch ein sehr anspruchsvolles nationales Treibhausgas-Minderungsziel für 2030 vereinbart. Sie will **minus 55 %** gegenüber 1990 erreichen.

Hauptinstrument ist ein nochmal beschleunigter Erneuerbaren-Ausbau auf 65% des – bei größerer Sektorkopplung nochmal steigenden – Bruttostromverbrauchs bis 2030.

Dies gilt aber nur und funktioniert auch nur, wenn der Netzausbau Schritt hält und wir über genügend Speicherkapazitäten für eine 14-tägige Dunkelflaute verfügen. Die vielen offenen Fragen und auch Zweifel hat erst diese Woche eine Studie der DENA auf den Punkt gebracht.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind Zweifel angebracht, ob dies gelingt. Abstriche bei dem europäischen N-1-Standard einer gesicherten Stromversorgung können sich nur Klimaschutz-Ideologen vorstellen.



Wir stellen uns hingegen gern den Anforderungen einer sicheren wie bezahlbaren Stromversorgung für unser Land.

**Herr Schucht** vom dem Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz kann uns nachher sicher sachkundig dazu einige Ausführungen machen.

Der Koalitionsvertrag sieht bekanntlich mehrere Kommissionen vor, die prüfen sollen, wie Deutschland seine Klimaschutzziele einhalten kann. Es geht um die Sektoren Energie, Gebäude und Verkehr.

Die Kommission zum Sektor Energie mit dem Namen „**Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**“ beschäftigt uns natürlich am meisten.

Wie der Name schon sagt, ist sie keine „Kohleausstiegskommission“, auch wenn sie sich unter anderem auch mit der schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohlenverstromung befassen soll.

Für das Gesamtpaket ist „eine rechtlich verbindliche Umsetzung“ für **2019** geplant. Übrigens wurde das Wort „Klimaschutzgesetz“ im Koalitionsvertrag ausdrücklich vermieden.

Da es um unsere aller Zukunft geht, hat der DEBRIV der Bundesregierung angeboten, sich an der Arbeit der Kommission – auch in der Kommission selbst – zu beteiligen.

Gestern hat das Kabinett die Kommission eingesetzt. Den Prozess bis dahin konnten wir alle in den letzten Wochen live miterleben und jeder hat sich hierzu wohl seine eigene Meinung gebildet.

Es bedarf schon einiger Phantasie, um sich vorstellen zu können, wie sich die Mitglieder dieser Kommission zu einem tragfähigen Ergebnis im Hinblick auf das energiewirtschaftliche Dreieck wie für die betroffenen Regionen binnen von nur sechs Monaten verständigen sollen.

Meine Damen und Herren,

wieso ist es zu diesem Auftrag an die Kommission gekommen?

Der Koalitionsvertrag ist wohl auch vor dem Hintergrund der gescheiterten Jamaica-Gespräche zu sehen.

Dort war von der schnellen Schließung von Kohlenkraftwerksblöcken die Rede.

Dies ist nun **nicht mehr** vorgesehen.

Es wird immerhin anerkannt, dass vor einer Entscheidung über eine schrittweise Reduzierung und erst recht über eine Beendigung der Kohleverstromung eine ganze Reihe von Fragen genau zu prüfen und zu bedenken sind.

Meine Damen und Herren,

um dies zu erreichen,  
war viel Einsatz in den Verhandlungen nötig.  
Dafür möchte ich auch hier nochmals Dr. Haseloff,  
den anderen Ministerpräsidenten und auch den Wirtschaftsministerien der Braunkohleländer herzlich danken.

Was muss denn die Kommission nun sinnvollerweise tun?  
Wenn die Strukturwandel-Kommission Entscheidungs-vorschläge zur Kohle und / oder zum Energiemix für die Bundesregierung entwickeln will, muss sie zu allererst eine einheitliche Datenbasis finden und sich über einige Fragen bzw. Grundlinien der Energiepolitik verständigen.

Sie muss als erstes gemeinsam festhalten,  
dass wir für unseren Wohlstand und für unsere Gesellschaft unbedingt eine sichere und auch bezahlbare Energieversorgung rund um die Uhr brauchen.  
Dies ist so unverzichtbar wie die Luft zum Atmen oder das Internet ...  
... wobei man auf das Internet vielleicht mal ein,  
zwei Tage verzichten könnte.

Dazu ist eine vollständige und ehrliche Bestandsaufnahme nötig. Zum Beispiel zur Versorgungssicherheit:  
Der BDEW hat errechnet, dass 2023 – also nach Abschalten der Kernenergie – der Jahreshöchstlast von ca.82 GW eine gesicherte Leistung von nur noch ca. 75 GW gegenübersteht.

Die Erneuerbaren haben in Deutschland die Stromerzeugungskapazitäten deutlich erhöht.  
Die gesicherte Leistung ist dagegen weiter verschwindend gering. Sie beträgt 1% bei Wind und 0% bei PV.

Das bedeutet: Die Konventionellen dürfen bei Höchstlast den Bedarf nicht mehr decken. Und die Erneuerbaren können es nicht. Wir brauchen also beide Systeme.  
Wenn wir zusätzlich zu dem gesetzlich verordneten Atomausstieg auch noch die Braunkohle-Kapazitäten aus dem Markt nehmen müssen, drohen uns bei Dunkelflauten immer öfters Versorgungsengpässe.

Es ist immer mehr die Braunkohle, die in schwierigen Versorgungssituationen zuverlässig Energie liefert.  
Das gilt jedenfalls solange, bis die erneuerbaren Energien mit Hilfe der noch auszubauenden Stromnetzen und wirtschaftlich betreibbaren Speichertechnologien in der Lage sein werden, die Verbraucher jederzeit sicher mit Strom zu versorgen.

Dies alles gilt erst recht, wenn der Strombedarf – auch durch die angestrebte Sektorkopplung - weiter steigen wird. Wirtschaftsminister Pinkwart aus Nordrhein-

Westfalen hat Mitte Mai im Handelsblatt nochmals eindringlich und richtigerweise davor gewarnt: „sich in dieser Phase leichtfertig von gesicherter Kraftwerksleistung zu verabschieden“.

Die Hoffnung mancher Politiker, dass wir diese Lücke im Ausland schließen können, ist trügerisch.

Denn dort geht die gesicherte Leistung aktuell ebenfalls zurück. Und die Zeiten, in denen sehr viel Strom nachgefragt wird, sind in Deutschland, in Frankreich, in Polen und in den anderen Nachbarländern in aller Regel deckungsgleich.

Dort ist zur selben Zeit Winter und zur selben Zeit Nacht.

Wir müssen davon ausgehen, dass unsere Nachbarn uns bei Dunkelflaute wohl nicht sicher versorgen können.

Es wollen aber alle sicher mit Strom und Wärme versorgt werden – Krankenhäuser, Einkaufszentren, Medienhäuser, das Fußballstadion, der Bundestag.

Meine Damen und Herren,

die Kommission wird sich dann die Frage stellen müssen, wie sich ein besonderes nationales Klimaziel von minus 55% für 2030 auf die Strukturen in Industrie, Verkehr und Gebäuden auswirkt.

Sie wird auch prüfen müssen, was ein um zehn Jahre vorgezogener beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren auf 65% für die Industrie und die Wertschöpfung in Deutschland bedeutet. Die Kosten für die Stromerzeugung würden jedenfalls nochmals deutlich steigen.

Hier wird deutlich, was Wirtschaftsminister Altmaier meint, wenn er sagt, dass: „die Energiewende eine Operation am offenen Herzen der Volkswirtschaft“ ist. Sie werde „nur überleben, wenn sie global wird“.

Zu bedenken ist auch, dass Braunkohlenkraftwerke eng mit der Kohle aus einem bestimmten Tagebau verbunden sind.

Wird ein Braunkohlenkraftwerk stillgelegt, folgt in aller Regel ein Dominoeffekt Richtung Tagebaue bzw. in Richtung des ganzen Reviers.

Die Kohle würde nicht mehr abgenommen.

Die Infrastruktur des Tagebaus müsste weiter gepflegt werden. Die Böschungen wären zu sichern.

Die Wasserhaltung durch Pumpen müsste fortgeführt werden.

Ich könnte dies noch weiter fortführen ...

Deutlich weniger Absatz würde zudem die Endstände von Tagebauen ändern und könnte Änderungen von Braunkohlenplänen und Betriebsplänen erforderlich machen. Dies

ist ein s c h w e r e r Eingriff in die Planungen der Gemeinden, der Regionen und nicht zuletzt auch der Unternehmen und ihrer Beschäftigten.

In Fragen der r e g i o n a l e n Entwicklung gibt es berufenere Fachleute als mich.

Aber **klar** ist: Strukturwandel gelingt nicht über Nacht.

Da müssen wir nur ins Ruhrgebiet schauen.

Er braucht v i e l Z e i t und ist mühsam.

Wir brauchen sicher in allen Revieren auch ein paar Jahrzehnte, um genug Neues zu entwickeln.

Und diese Zeit möchten a u c h wir zusammen mit den Regionen von den verantwortlichen Politikern bekommen.

Strukturwandel braucht n a t ü r l i c h auch Geld.

Die Beträge von 1,5 Mrd. Euro für die nächste Legislaturperiode, die bisher in der Politik genannt wurden, werden da wenig helfen. Allein die LEAG trägt jedes Jahr rund 1,4 Mrd. € zur Wertschöpfung in der Lausitz bei.

Die Braunkohleregionen können zudem besser nachhaltige Perspektiven entwickeln, wenn noch ein aktiver Bergbau vorhanden ist und als industrielle „Andockstelle“ für vielerlei Aktivitäten und Entwicklungen zur Verfügung steht.

Die Unternehmen sind b e r e i t, mitzuwirken und diese Andockstelle zu bieten.

Ein positives Beispiel aus dem Rheinland ist der Startschuss für neue Gewerbeansiedlungen in Eschweiler:

Vor wenigen Wochen hat RWE dort in enger Zusammenarbeit mit zwei Kommunen, der Entwicklungsgesellschaft Indeland und der Innovationsregion Rheinisches Revier, die Arbeit aufgenommen.

Rund 500 neue Arbeitsplätze entstehen in einem neuen Industriegebiet. Gute Vernetzung, zahlreiche Gespräche mit Unternehmen und große Expertise auf allen Seiten – diese Komponenten machen solche Ansiedlungen möglich.

Die Strukturkommission hat die Chance, für solche Initiativen zusammen mit den Regionen und mit den Bergbauunternehmen den verlässlichen Rahmen zu setzen. **Aber das geht nur mit lebendiger Braunkohlenindustrie – und nicht o h n e oder g a r gegen sie!**

Meine Damen und Herren,

Umweltverbände f o r d e r n , dass die Kommission den Klimaschutz vor die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise stellt.

Ihr Argument: Das Pariser Abkommen verlange es!

**Wir** dürfen aber nicht zulassen,  
dass Klimaschutz vor andere Ziele gestellt wird.  
Alle drei Aspekte sind gleichrangig zu berücksichtigen.  
In die Bewertung **muss** eingehen,  
dass deutsche Braunkohlenkraftwerke etwa für 0,4 %  
der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind.  
Bei der Ausstiegsgespräch geht es letztlich um 0,1 bis 0,2 % der Emissionen, weil andere  
Kraftwerke die Kilowattstunden aus der deutschen Braunkohle ersetzen müssten.

Dafür nun soll ein schnelles Ende der deutschen Kohlenverstromung diskutiert werden?

Und dafür sind wir bereit, Wohlstand, Wachstum und den sozialen Frieden aufs Spiel zu  
setzen?

Das Pariser Klimaschutzabkommen wird zudem oft bewusst falsch dargestellt. Deutschland  
hat sich in Paris zu den EU-Zielen von -40% bis 2030 verpflichtet –  
und nicht zu 55% oder irgendwelchen Sektorzielen!

Vergessen wird auch nur zu gerne:

**Die Braunkohle hat geliefert!**

Die Emissionsreduktionen sind mit rund 50 % bedeutend.  
Der Energiesektor und insbesondere die Braunkohle haben  
den Hauptbeitrag für den Klimaschutz bislang geleistet.  
Dies ist natürlich auch Ergebnis des für uns und für die Menschen in den Revieren bereits  
sehr schmerzlichen Strukturwandels nach der Wiedervereinigung.

Allerdings ist es auch das Ergebnis vieler Kraftwerksneubauten und umfangreicher  
Retrofitmaßnahmen an Bestandsanlagen in allen Braunkohlerevieren.

Auch in Zukunft bleibt die Kohlenverstromung kompatibel zu allen Klimaschutzzielen für  
2050 und auch zu allen EU-Zielen für die Zeit bis 2050.

Ich kenne keinen anderen Bereich der Volkswirtschaft,  
der CO<sub>2</sub>-Emissionen so konsequent, so umfangreich und  
so zielgerichtet reduziert hat und weiter reduzieren wird.

Regulatorisch wird der EU-Emissionshandel dafür sorgen,  
dass die Kraftwerke den europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktionspfad einhalten. Wir sprechen hier von  
über minus 87 %  
**- ja, minus 87 %** - im Jahr 2050 gegenüber 1990.

Wie Sie wissen, hat die EU den Emissionshandel gerade noch einmal deutlich verschärft.  
Überschüsse aus der Startzeit des ETS werden spätestens 2023/24 beseitigt.  
Der CO<sub>2</sub>-Markt nimmt dies mit deutlich steigenden Preisen bereits jetzt zum Teil voraus.

Die Rolle des ETS als effektives Instrument des Klimaschutzes im Kraftwerkssektor bestätigt auch die am 18. Januar 2018 vorgestellte BDI-Studie „Klimapfade für Deutschland“.

Herr Lösch, Sie werden sicher gleich darauf eingehen.

Der BDI fordert, am ETS konsequent festzuhalten

und im ETS-Bereich auf zusätzliche Eingriffe,

wie etwa CO<sub>2</sub>-Mindestpreise zu verzichten.

Nationale Alleingänge nützen beim Klimaschutz nichts.

Meine Damen und Herren,

ein politisch festgelegtes Enddatum für die Kohlenutzung in deutschen Kraftwerken ist weder klimapolitisch erforderlich noch wirtschaftlich verantwortbar.

Deshalb ist für uns klar: Die Tagebaue und Kraftwerke **müssen** wie von Bundesländern und Unternehmen geplant zu Ende geführt werden können.

Braunkohle im Energiemix erlaubt, Optionen offen zu halten und Versorgungsrisiken zu vermeiden.

Ohne die subventionsfreie Braunkohle werden gerade die Industriestrompreise merklich anziehen und damit die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Industriezweige treffen.

Braunkohle ist **100%** kompatibel mit den Klimaziel-Verpflichtungen, die Deutschland international eingegangen ist.

Braunkohle sorgt für inländische Wertschöpfung und **sichert** damit direkt und indirekt Wohlstand, Arbeit und den sozialen Frieden in den Revieren Rheinland, Lausitz und Mitteldeutschland sowie darüber hinaus.

Unsere **gemeinsame** Aufgabe wird es nun sein, von der Strukturkommission und erst recht von der Bundesregierung eine ehrliche Bestandsaufnahme in Sachen Energiepolitik sowie eine Bestätigung der genehmigten Revierplanungen einzufordern.

Nur so kann die Braunkohle ihren mittel- und langfristigen Beitrag für unsere Gesellschaft bzw. unser Land weiterhin leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches **Glückauf!**